

§ 6

**Besondere Sachverständige,
erhöhte Auslagen**

- (1) Werden mit Zustimmung des Antragstellers besondere Sachverständige bei der Wertermittlung zugezogen, so hat der Gebührenschuldner die hierdurch entstehenden Auslagen neben den Gebühren nach dieser Satzung zu entrichten.
- (2) Soweit die sonstigen Auslagen das übliche Maß übersteigen, sind sie neben der Gebühr zu ersetzen.
- (3) Für die Erstattung von Auslagen sind die für die Gebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

§ 7

Entstehung und Fälligkeit

Die Gebühr entsteht mit der Beendigung der Wertermittlung, in den Fällen des § 5 mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung. Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 8

Übergangsbestimmungen

Für Leistungen, die vor Inkrafttreten dieser Satzung beantragt wurden, gilt die bisherige Gebührensatzung.

§ 9

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gutachterausschußgebührensatzung vom 15. November 1978 außer Kraft.

Hinweis nach § 4 Abs. 4 GemO

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Ettlingen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

gez. Offele, Oberbürgermeister

Satzung

**über die Änderung des Bebauungsplans
"Westlich der Karlsruher Straße"
der Stadt Ettlingen**

Nach §§ 10, 13 Abs. I des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dez. 1986 (BGBl. I S. 2253) zuletzt geändert durch Art. 21 § 5 des Steuerreformgesetzes 1990 vom 25.7.1988 (BGBl. I S. 1093), § 73 Abs. I, VI der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 28. Nov. 1983 (GBl. S. 770, ber. GBl. 1984 S. 519) zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes zur Änderung des Wassergesetzes vom 22. Febr. 1988 (GBl. S. 54) i.V.m. § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 3. Oktober 1983 (GBl. S. 578, ber. S. 720) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 18. März 1987 (GBl. S. 161) hat der Gemeinderat der Stadt Ettlingen am 24.4.1991 die Änderung des Bebauungsplans "Westlich der Karlsruher Straße", der am 13.8.1974 genehmigt worden ist, als Satzung beschlossen.

§ 1

Gegenstand der Änderung

Gegenstand der Änderung ist Ziff. 3 der Anbauvorschriften der am 13.8.1974 vom Regierungspräsidium Karlsruhe genehmigten Vorschriften des Bebauungsplans.

§ 2

Inhalt der Änderung

Ziff. 3 der Anbauvorschriften der in § 1 genannten Vorschrift wird aufgehoben und erhält stattdessen folgende Fassung:

Die Dachneigung muß etwa 30 Grad betragen.
Für Dachaufbauten gilt:

- a) Bei Dachneigungen über 30 Grad sind Dachaufbauten zulässig.
Sie dürfen die Grundform der Dächer nicht verunstaltend verändern und müssen mit der jeweiligen Gebäudeansicht harmonisieren.
- b) Als Dachaufbauten sind Einzelgaupen oder Zwerchhäuser zulässig.
- c) Zwerchhäuser dürfen 1/3 der Trauflänge nicht überschreiten.
- d) Bei Dachgaupen ist das obere Drittel des Daches freizuhalten.
- e) Einzelgaupen dürfen eine max. Ansichtsfläche von 4,0 qm und eine max. Breite von 3,0 m haben.
Die Länge aller Einzelgaupen darf 1/2 der Gebäudelänge nicht überschreiten.
- f) Gaupen müssen zur Giebelwand einen Abstand von mindestens 1,5 m einhalten.
- g) Zwischen den Einzelgaupen ist ein Abstand von mindestens 0,75 m einzuhalten.

Sattel- oder Walmdach wird zugelassen.

§ 3

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrigkeiten i.S. des § 74 Abs. II Ziff. 2 LBO BW handelt, wer den aufgrund von § 9 Abs. IV BauGB i.V.m. § 73 Abs. I Ziff. 1 LBO BW ergangenen Bestandteilen dieser Satzung vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Ettlingen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

gez. Offele, Oberbürgermeister

Satzung

**über die Änderung des Bebauungsplans
"Schleinkoferstraße" der Stadt Ettlingen**

Nach §§ 10, 13 Abs. I des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dez. 1986 (BGBl. I S. 2253) zuletzt geändert durch Art. 21 § 5 des Steuerreformgesetzes 1990 vom 25.07.1988 (BGBl. I S. 1093), § 73 Abs. I, VI der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 28. Nov. 1983 (GBl. S. 770, ber. GBl. 1984 S. 519) zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes zur Änderung des Wassergesetzes vom 22. Feb. 1988 (GBl. S. 54) i.V.m. § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 3. Okt. 1983 (GBl. S. 578, ber. S. 720) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 18. März 1987 (GBl. S. 161) hat der Gemeinderat der Stadt Ettlingen am 24.4.1991 die Änderung des Bebauungsplans "Schleinkoferstraße", der am 02.03.1983 genehmigt worden ist, als Satzung beschlossen.

AMTSBLATT

DER STADT ETTLINGEN

Nr. 24 / 5. Jahrgang



Ettlingen, 23. August 1974

INHALTSVERZEICHNIS

Jahresrechnung 1972

Brennstoffbeihilfe für das Winterhalbjahr 1974/75

Sperrung des Heuweges

Bebauungsplan der Stadt Ettlingen für das Gebiet
„westlich der Karlsruher Straße“;
Genehmigung der Planänderungen

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Jahresrechnung 1972

Der Gemeinderat der Stadt Ettlingen hat in der öffentlichen Sitzung am 17.7.1974 folgenden Beschluß gefaßt:

1. Das Rechnungsergebnis des ordentlichen Haushalts wird für das Rechnungsjahr 1972 festgestellt
mit einem Einnahmesoll von 34.928.482,19 DM
mit einem Ausgabesoll von 32.565.808,32 DM
mit einem Jahresüberschuß von 2.362.673,87 DM
2. Die gem. Gemeinderatsbeschluß vom 21. März 1973, R.Pr.Nr. 11, zu bildenden Haushaltsreste (Seite 4) werden mit 1.458.500,- DM festgestellt.
3. Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben, welche durch Mehreinnahmen und Ausgabeesparungen gedeckt sind, werden, soweit nicht schon im einzelnen geschehen, hiermit nachträglich genehmigt.
4. Die nach Abschluß der Vermögensrechnung auf 31. Dezember 1972 im Rechnungsjahr 1972 sich ergebende Vermehrung des Reinvermögens der Stadtkasse laut Nachweisung Seite 14 ff, wird mit 14.299.185,48 DM festgestellt.
5. Nach der Haushaltsrechnung für den ao. Haushalt 1972 wird ein Überschuß bei abgeschlossenen Unternehmen in Höhe von 121.144,04 DM festgestellt. Derselbe ist gem. § 23 Abs. 3 GemHVO zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben zu verwenden. Die Restkredite für die noch nicht abgeschlossenen Vorhaben des ao. Haushalts 1972 werden auf das folgende Rechnungsjahr übertragen.

6. Die Jahresrechnung 1972 ist zur Aufsichtsprüfung durch das Bad. Gemeindeprüfungsamt bereitzustellen.

Die Jahresrechnung sowie der Rechenschaftsbericht der Stadt Ettlingen für das Haushaltsjahr 1972 (1.1. - 31.12. 1972) sind gem. § 95 Abs. 3 GO in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindefinanzrechts vom 29.12.1972 (Ges.Bl.S. 1/1973) ab dem auf die Ausgabe des Amtsblattes folgenden Tag für die Dauer von sieben Tagen bei der Finanzverwaltung, Kirchenplatz 9, Zimmer 10, während der üblichen Dienststunden öffentlich ausgelegt.

Brennstoffbeihilfe für das Winterhalbjahr 1974/75

Brennstoffbeihilfe für das Winterhalbjahr 1974/75 erhalten...

Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt von Amtswegen und Minderbemittelte auf Antrag.

Anträge sind ab sofort beim städt. Sozialamt im Schloß zu stellen.

Bei Anträgen, die nach dem 31.10.1974 gestellt werden, muß die Beihilfe von Monat zu Monat um 1/6 gekürzt werden. Es empfiehlt sich daher, für die in Frage kommenden Minderbemittelten die Anträge möglichst sofort, spätestens jedoch bis 31.10.1974 zu stellen.

Das vorhandene Einkommen aller im Haushalt lebenden Angehörigen sowie Mietverpflichtungen sind nachzuweisen. Die Rentenempfänger mögen bitte die 17. Rentenmitteilung vorlegen.

Zu gewährende Beihilfen werden bargeldlos gezahlt, ein Bankkonto ist deshalb anzugeben.

Sperrung des Heuweges

Wegen Straßenausbau im Bereich des Friedhofs im Stadtteil Spessart wird der Heuweg vom 26.8. bis 30.9.1974 gesperrt.

**Bebauungsplan der Stadt Ettlingen für das Gebiet
„westlich der Karlsruher Straße“;
Genehmigung der Planänderungen**

Die durch Beschluß des Gemeinderats der Stadt Ettlingen am 28.2.1974, R.Pr.Nr. 17, gemäß §§ 8, 9 und 10 des BBauG vom 23.6.1960 als Satzung (2. Änderungssatzung) beschlossenen Änderungen des Bebauungsplanes für das Gebiet „westlich der Karlsruher Straße“ und die gleichzeitig vom Gemeinderat gemäß § 111 LBO vom 6.4.1964 als Satzung beschlossenen örtlichen Bauvorschriften wurden mit Erlaß des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 13.8.1974, Nr. 13-24/0215/3, gemäß § 11 BBauG und § 111 Abs.5 Satz 2 der LBO genehmigt.

Gemäß § 12 des BBauG wird der genehmigte Bebauungsplan mit Begründung und Anbauvorschriften in der Zeit vom 23.08.1974 bis 23.09.1974 werktags (außer samstags) jeweils während der Dienststunden bei der Stadtverwaltung Ettlingen - Planungsamt -, Marktstraße 7 (1. OG.) öffentlich ausgelegt.

Die Einsicht in den Bebauungsplan ist - auch über den Auslegungstermin hinaus - jederman gebührenfrei gestattet.

Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Herausgeber:
Oberbürgermeister der Stadt Ettlingen

Verlag:
Stadt Ettlingen